

Stand: 20.04.2026 06:18:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18562

"Bayerisches Jahr der Jugend 2022"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18562 vom 26.10.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18646 vom 27.10.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Holger Dremel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Högl, Dr. Marcel Huber, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko und Fraktion (CSU)

Bayerisches Jahr der Jugend 2022

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Unterstützungsmaßnahmen für Jugendliche aufgrund der Pandemie. Dadurch wurde deutlich, dass v. a. die Beteiligung junger Menschen von diesen eingefordert wird.

Mit dem Ziel, weitere Impulse zur Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Demokratie zu setzen und die Partizipation von Kindern und Jugendlichen insgesamt in allen sie betreffenden Lebensbereichen weiterzuentwickeln, wird die Staatsregierung aufgefordert, ein „Bayerisches Jahr der Jugend 2022“ auszurufen.

Im Zuge dessen sollen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel beispielsweise folgende Aspekte in den Vordergrund gerückt werden:

- Aufmerksamkeit für Jugendbeteiligung und Jugendentwicklung erzeugen
- Lebenswirklichkeiten Jugendlicher im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Teilhabe – v. a. auch im ländlichen Raum – aufzeigen
- Bewusstsein für die Lage der Jugend – insbesondere im Rahmen der Coronapandemie – schaffen und die Anerkennung ihrer Rechte und Anliegen bei den politischen Entscheidungsträgern sowie in der Öffentlichkeit stärken
- aktive Mitwirkung der Jugend und Jugendorganisationen in der Gesellschaft erhöhen
- Durchführung themenbezogener Diskussionsveranstaltungen
- Informationsaustausch über jugendpolitische Herausforderungen unter Einbeziehung der Jugend fördern und die Kommunikationskanäle zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen verbessern
- Initiierung und Gestaltung von jugendpolitischen Projekten sowie Planung, Durchführung und Nachbereitung in die Hände von Jugendlichen legen
- Organisation zentraler und dezentraler Veranstaltungen – im Schulterschluss mit Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Verbänden und Vereinen –, um die Interessen von Jugendlichen lokal und regional öffentlich zu platzieren und die Gesellschaft für bestimmte Themen/Bedarfe zu sensibilisieren

- Empfang für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit durch die Landtagspräsidentin oder den Ministerpräsidenten

Darüber hinaus sind weitere Themenbereiche, wie die Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene oder die Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement von Jugendlichen, in den Blick zu nehmen.

Begründung:

Junge Menschen standen aufgrund der Coronapandemie vor vielen Herausforderungen, denn der Freiraum, den sie in diesem Alter brauchen, wurde stark eingeschränkt. Die Coronakrise hat sich auf verschiedenen Ebenen auf Jugendliche ausgewirkt. Neben den sozialen Einschränkungen im privaten Bereich betraf dies unter anderem mit dem Schulabschluss oder dem Ausbildungs- bzw. Erstsemesterbeginn eine Lebensphase, die junge Menschen in der Regel nachhaltig prägt. So mussten junge Erwachsene, die eine Ausbildung oder ein Studium angefangen haben, digital ins Ausbildungsjahr oder ins Semester starten und vermissten die Gemeinschaft und den Austausch. Jugendlichen wird gegenwärtig viel zugemutet und der Großteil verhielt sich die vergangenen eineinhalb Jahre verantwortungsbewusst, rücksichtsvoll und solidarisch gegenüber der älteren Bevölkerung und coronabedingten Risikogruppen. Oberstes Ziel für das Schuljahr 2021/2022 bzw. das Wintersemester 2021/2022 ist nun ausdrücklich die Rückkehr zur Präsenz als Regelfall.

Allerdings wollen junge Menschen nicht nur auf ihre Rolle als Schülerinnen und Schüler, Auszubildende oder Studierende reduziert werden. Nicht nur im Rahmen der Coronakrise wollen Jugendliche gehört werden und mitreden. Schließlich treffen sie die sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie gerade am Übergang von Schule zu Ausbildung bzw. Studium und Beruf besonders hart. Junge Menschen im Blick zu behalten und ihnen sichere Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, bleibt daher eine der wichtigen Aufgaben im kommenden Jahr sowie darüber hinaus. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse und politischen Interessen junger Menschen in Bayern sollen daher im Jahr 2022 in den Vordergrund gestellt werden. Somit soll den Jugendlichen ausreichend Anerkennung entgegengebracht und signalisiert werden, dass die Interessen und Bedürfnisse der jungen Generation wahrgenommen werden. Im Zuge dessen, soll auch mit den Jugendlichen in Dialog getreten werden, um die Lebenswirklichkeiten junger Menschen aufzuzeigen und die Jugendbeteiligung zu verbessern. Junge Menschen wissen, dass Entscheidungen von heute die Zukunft beeinflussen und sie wollen daran beteiligt sein. Sie fordern daher zu Recht, dass ihnen nicht nur zugehört wird, sondern dass ihre Forderungen auch Folgen haben. Ein Bayerisches Jahr der Jugend 2022 wäre zum einen ein wertschätzendes Zeichen an die junge Generation im Freistaat und zum anderen geeignet, um Jugendliche an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Die Beteiligung junger Menschen auf Landesebene einschließlich der Einrichtung einer bayernweiten Servicestelle und die vereinfachte Ausgabe der Bayerischen Ehrenamtskarte für Juleica-Inhaberinnen und -inhaber sind bereits auf Grundlage des Antragspakets „Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen“ der Regierungskoalition Gegenstand der parlamentarischen Beratungen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Holger Dremel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Högl, Dr. Marcel Huber, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/18562

Bayerisches Jahr der Jugend 2022

Der Landtag begrüßt die Unterstützungsmaßnahmen für Jugendliche aufgrund der Pandemie. Dadurch wurde deutlich, dass v. a. die Beteiligung junger Menschen von diesen eingefordert wird.

Mit dem Ziel, weitere Impulse zur Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Demokratie zu setzen und die Partizipation von Kindern und Jugendlichen insgesamt in allen sie betreffenden Lebensbereichen weiterzuentwickeln, wird die Staatsregierung aufgefordert, ein „Bayerisches Jahr der Jugend 2022“ auszurufen.

Im Zuge dessen sollen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel beispielsweise folgende Aspekte in den Vordergrund gerückt werden:

- Aufmerksamkeit für Jugendbeteiligung und Jugendentwicklung erzeugen
- Lebenswirklichkeiten Jugendlicher im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Teilhabe – v. a. auch im ländlichen Raum – aufzeigen
- Bewusstsein für die Lage der Jugend – insbesondere im Rahmen der Coronapandemie – schaffen und die Anerkennung ihrer Rechte und Anliegen bei den politischen Entscheidungsträgern sowie in der Öffentlichkeit stärken
- aktive Mitwirkung der Jugend und Jugendorganisationen in der Gesellschaft erhöhen
- Durchführung themenbezogener Diskussionsveranstaltungen
- Informationsaustausch über jugendpolitische Herausforderungen unter Einbeziehung der Jugend fördern und die Kommunikationskanäle zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen verbessern

- Initiierung und Gestaltung von jugendpolitischen Projekten sowie Planung, Durchführung und Nachbereitung in die Hände von Jugendlichen legen
- Organisation zentraler und dezentraler Veranstaltungen – im Schulterschluss mit Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Verbänden und Vereinen –, um die Interessen von Jugendlichen lokal und regional öffentlich zu platzieren und die Gesellschaft für bestimmte Themen/Bedarfe zu sensibilisieren
- Empfang für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit durch die Landtagspräsidentin oder den Ministerpräsidenten

Darüber hinaus sind weitere Themenbereiche, wie die Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene oder die Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement von Jugendlichen, in den Blick zu nehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Ulrich Singer

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Julika Sandt

Abg. Matthias Enghuber

Staatsministerin Carolina Trautner

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Bayerisches Jahr der Jugend 2022 (Drs. 18/18562)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)

Ignoranz gegenüber Jugendlichen in der Coronakrise - Jugendbeteiligung fand nicht statt (Drs. 18/18576)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Tasdelen, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

Teilhabe statt Symbolpolitik - endlich Mitbestimmungsrechte für junge Menschen in Bayern (Drs. 18/18577)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2022 sicher, sozialgerecht und zukunftsorientiert für Kinder und Jugendliche gestalten! (Drs. 18/18578)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Sicherheit gebe ich Ihnen jetzt noch kurz die jeweilige Redezeit Ihrer Fraktion bekannt: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben für die restliche Tagesordnung noch 6 Minuten und 10 Sekunden Redezeit, die SPD 4 Minu-

ten, FREIE WÄHLER 5 Minuten und 19 Sekunden, die CSU 6 Minuten und 38 Sekunden, die FDP 5 Minuten und 19 Sekunden, die AfD-Fraktion 5 Minuten und 32 Sekunden, die fraktionslosen Abgeordneten jeweils 3 Minuten, und die Regierung hat noch 3 Minuten und 21 Sekunden.

Wir beginnen mit Herrn Kollegen Tobias Gotthardt, FREIE-WÄHLER-Fraktion. Bitte.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Debatte zu unserem Antrag über das Bayerische Jahr der Jugend 2022 mit einem Dank einleiten. Ein herzliches Vergelts Gott an unsere junge Generation, die Kinder und Jugendlichen! Ihr alle habt in der Zeit der Pandemie viele Einschränkungen in Kauf genommen in Schule, Hobby, Jugendarbeit und Disco. All dies war in den Zeiten der Pandemie nicht oder nur eingeschränkt möglich. Ihr habt all das mitgetragen. Mehr noch: Viele von euch haben sich ehrenamtlich engagiert, um anderen zu helfen. Danke dafür. Selbiges gilt übrigens auch für die Ehren- und Hauptamtlichen in der Jugendarbeit und Jugendhilfe sowie bei Kinderangeboten. Mit unglaublichem Einsatz und Kreativität seid ihr mit der schwierigen Situation umgegangen. Auch dafür danke!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dabei – das sage ich ausdrücklich – haben wir in der Politik die junge Generation niemals aus dem Fokus verloren. Wir haben uns gemeinsam durch diese schwierige Phase manövriert, immer wieder den Kurs korrigiert und Hilfen angeboten. Wir haben dies im Dialog getan und gemeinsam Lösungen gefunden.

Die Monate der Pandemie haben uns aber gerade auch in ihrer Intensität gezeigt, wie wichtig und wertvoll dieser enge Dialog der Generationen und das Einbinden der jungen Generation ist. Deshalb ist es nur gut und recht, wenn wir alle hier jedes Jahr zu einem Jahr der Jugend in Bayern erklären, das nächste Jahr aber in besonderem Maße. Wir haben die Idee des Bayerischen Jahres der Jugend in unserer Fraktion bereits im Sommer geprägt und unterfüttert, wir haben mit den Jugendverbänden disku-

tiert, uns eng mit dem Koalitionspartner abgestimmt – hier geht mein ausdrücklicher Dank an den Kollegen Enghuber – und präsentieren die Idee jetzt hier gemeinsam im Plenum. Dabei ist es ein netter Zufall, dass auch die Europäische Kommission – übrigens nach uns und jetzt mit uns – diesen Schwerpunkt für das kommende Jahr setzt. Dies war so nicht geplant, zeigt aber die Aktualität und Bedeutung dieses Fokus.

Übrigens haben die europäischen Sozialdemokraten das Europäische Jahr der Jugend als richtigen Schritt bezeichnet, den man jetzt anpacken müsse. Die GRÜNEN haben es sich sogar gleich als eigenen Erfolg auf die Fahnen geschrieben. Dies sei nur am Rande bemerkt.

Unser Bayerisches Jahr der Jugend ist als Marke, Dach und Name angesetzt, den wir gezielt setzen, um Bewusstsein zu schaffen, weil wir noch mehr für die Anliegen der Jugend sensibilisieren und Diskussionen anregen wollen, den Weg weitergehen und gleichzeitig konkret anpacken, so, wie wir es bisher auch schon tun, gemeinsam mit dem Koalitionspartner. Ich selbst habe 2019 bei der Vollversammlung des BJR ein Versprechen gegeben: Wir schnüren in dieser Legislaturperiode ein großes Jubelpaket für mehr Jugendbeteiligung auf Landesebene.

Genau dies haben wir seitdem auch getan. Neun Mal haben wir mittlerweile unter diesen Vorzeichen Anträge eingebracht oder erfolgreich konsultiert – neun Mal ganz konkretes Anpacken für die Jugend in Bayern. Wir haben uns explizit verpflichtet, die jugendpolitische Mitwirkung auf Landesebene zu intensivieren und neue Beteiligungsformen zu etablieren. Wir haben beschlossen die "Juleica" automatisch und ohne große Bürokratie mit der Bayerischen Ehrenamtskarte zu verknüpfen. Wir schaffen eine bayernweite Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung, einen leistungsstarken "One-Stop-Shop". Wir verankern das Themenfeld Jugend neu in der Kommunalentwicklung, schaffen das Siegel jugendfreundliche Kommunen und intensivieren die bildungspolitischen Angebote für Kommunalpolitiker. Wir wollen eine verpflichtende Jugendbürgerversammlung in den Kommunen pro Jahr und die festgeschriebene Jugendbeteiligung bei freier Wahl der Instrumente vor Ort. Wir fixieren die

Jugendpolitik als festen Bestandteil der bayerischen Nachhaltigkeits- und Demografie-strategie, schreiben den Aktionsplan Jugend ressortübergreifend als kinder- und jugendpolitisches Gesamtkonzept fort und stärken offene und verbandliche Jugendarbeit als Orte der politischen Bildung. Wir werden ehrenamtliches Engagement künftig noch mehr und besser in Zeugnissen würdigen und prüfen weitere sichtbare Zeichen der Anerkennung für Schülerinnen und Schüler. Wir schaffen mit der Stiftung "Jugend-austausch Bayern" in enger Absprache mit dem Kultusministerium, der Staatskanzlei und dem Bayerischen Jugendring eine neue, leistungsstarke Anlaufstelle für die grenzübergreifende Jugendbegegnung, und, und, und. Es gibt noch vieles mehr, was ich anführen könnte.

Kurzum: Neun Anträge, ein Jubelpaket und viele Initiativen. Dies zeigt: Wir sind die Handwerker für konkrete Jugendbeteiligung und echte Teilhabe. Ich bin überzeugt, dies waren noch lange nicht die letzten Initiativen. Hier kommt noch mehr. Wir bleiben dran, in engem Austausch mit Jugendverbänden und der jungen Generation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Unser Bayerisches Jahr der Jugend 2022 kann, soll und wird dafür einen neuen Nährboden schaffen. Ich kann die Kolleginnen und Kollegen der Opposition nur einladen: Machen wir das Bayerische Jahr der Jugend 2022 zu unserem gemeinsamen Projekt. Tragen Sie es mit, und zeigen wir gemeinsam der jungen Generation in Bayern: Auf geht's! Ihr seid Bayerns Zukunft, und gemeinsam mit euch bauen wir die Zukunft für Bayern. Legen wir also jetzt den Grundstein für das Bayerische Jahr der Jugend 2022!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Singer. Bitte.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Gotthardt, das Bayerische Jahr der Jugend 2022 hört sich toll an, aber mich würde auch interessieren: Was war denn 2020 und 2021?

Wo ist da die Jugend geblieben? Haben Sie das Gefühl, dass sie in dieser Zeit mit den heftigen und einschneidenden Maßnahmen, die von staatlicher Seite getroffen wurden, hinreichend beteiligt wurde? Wo war die Jugendbeteiligung auf Landesebene oder – so haben Sie es auch genannt – der Dialog mit der Jugend? Inwiefern hat dieser 2020 und 2021 stattgefunden?

Ich sehe es ehrlich gesagt anders. Ich sehe es so, dass Sie die Jugend in Einsamkeit, in soziale Isolation und in Depressionen geschickt haben, zum Beispiel auch durch Ausgangssperren, die der VGH als übermäßig angesehen hat. Insofern stellt sich wirklich die Frage: Wo ist die Jugend in den letzten anderthalb Jahren gewesen? Sie haben sogar am Landtag vorbeiregiert – bzw. nicht Sie, sondern die Staatsregierung hat am Landtag vorbeiregiert, und natürlich auch an der Jugend. Wo war die Jugend in den letzten zwei Jahren?

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Hierzu zwei kurze Anmerkungen, Herr Kollege Singer: Als demokratische Parteien befinden wir uns im Gegensatz zur AfD in engem Austausch mit allen Akteuren der Jugendarbeit und der Jugendhilfe. Deswegen wissen wir auch, wo die Jugend war und was getan wurde. Für alles Weitere gebe ich Ihnen gerne mein Manuskript. Ich habe genau erklärt, was wir in den letzten Jahren getan haben und was wir weiterhin tun werden. Dafür brauchen wir die AfD nicht. Ich gebe Ihnen gern mein Manuskript.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Wertes Präsidium, geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, aber auch Sie von den Grün*in-

nen und der SPD, gehen Sie einmal ganz tief in sich – Hand aufs Herz –: Ihre Anträge heute sind doch an Verhöhnung und Scheinheiligkeit kaum zu überbieten.

Seit beinahe zwei Jahren schert sich die Staatsregierung überhaupt nicht um die Sorgen und die Nöte unserer Jugendlichen. Mit dem Brecheisen wurden unsere Grund- und Freiheitsrechte kassiert. Gerade dazu haben Grün und Rot immer schön brav Beifall geklatscht. Seit fast zwei Jahren werden die Bürger und die Jugendlichen in Bayern mit repressiven Maßnahmen überzogen, wie man sie sonst eher in China vermutet hätte.

Geschätzte Kollegen, natürlich ist es am leichtesten, bei Kindern und Jugendlichen am härtesten durchzugreifen; doch Kinderseelen zerbrechen an dieser Politik. Sie sind auch zerbrochen.

Geschätzte Kollegen, wir haben es aufgrund der unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen in Deutschland zusätzlich mit einer halben Million depressiver Jugendlicher zu tun. Viele Jugendliche weisen depressive Symptome auf. In Einzelfällen sind sie auch in den tragischen Suizid getrieben worden. Geschätzte Kollegen, wir dürfen das nicht vergessen.

Hier hilft auch ein freies Wahlrecht für 16-Jährige auf Landesebene nicht, wie es die SPD und die GRÜNEN fordern. Wo war denn dieses Wahlrecht während der Corona-Maßnahmen? Wann wurden die Jugendlichen dazu befragt, was sie denn eigentlich möchten? Anstelle dieser Schaufensteranträge haben wir einen guten Nachzieher eingereicht, demzufolge der Landtag feststellen möge, dass die Jugendlichen in Bayern während der Corona-Krise an den sie betreffenden Entscheidungen und insbesondere bei Entscheidungen über sie betreffende Corona-Maßnahmen nicht hinreichend beteiligt wurden. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Bitte stimmen Sie unserem guten Antrag zu.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Gabi Schmidt hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Singer, ich will Ihre Redezeit eigentlich nicht verlängern und brauche nicht unbedingt eine Antwort, weil Sie sie ohnehin nicht geben können; aber mir stinkt es schon gewaltig, dass Sie sagen, wir hätten die Jugendlichen weggesperrt. Jeder Mensch hat sich vor Corona schützen müssen. Jeder Mensch hat auf seine Familie aufgepasst.

Herr Singer, ich wollte es eigentlich nicht sagen – denn normalerweise geht es mich nichts an, aber interessiert hat's mich schon –: Sie waren beim Impfen immer der Erste und haben sich auch noch vorgedrängelt. Das passt in das Bild der Verlogenheit. Uns zu unterstellen, wir schädigten die Jugendlichen, aber dann beim Impfen immer der Erste zu sein – das passt überhaupt nicht zusammen!

Sie sollten sich bei den Jugendlichen entschuldigen, weil so, wie Sie es sagen, haben es die Jugendlichen nicht empfunden. Dass Sie von Suizid erzählen – wir hatten schon immer Jugendliche, die suizidgefährdet waren – und das in einen Haufen werfen, ist an Übelheit eigentlich nicht zu überbieten. Bitte geben Sie mir einfach keine Antwort und nehmen Sie es einfach hin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ulrich Singer (AfD): Frau Kollegin, Sie erhalten auf diese Zwischenbemerkung eine Antwort von mir. Schauen Sie, die Kinder und Jugendlichen waren nie Treiber des Infektionsgeschehens. Es gibt – das haben selbst die GRÜNEN in ihrem Antrag zugestanden – kaum wesentliche Erkrankungen in dieser Altersgruppe. Kinder und Jugendliche sind kaum erkrankt, wurden aber von Ihnen weggesperrt. Das waren unverhältnismäßige Einschränkungen. Dafür werden Sie sich noch rechtfertigen müssen. Ich bin gespannt, wie das Gericht entscheiden wird.

(Zurufe)

Sie haben die Menschen monatelang eingesperrt in einem unverhältnismäßigen Vorgang, für den Sie sich schämen sollten und für den Sie natürlich die Verantwortung tragen, insbesondere auch dafür, dass Kinder und Jugendliche jetzt unter Depressionen leiden.

(Zurufe)

Sie machen sich auch noch lustig darüber. Im Einzelfall kann das tragisch sein. Es haben sich Kinder wegen dieser Corona-Maßnahmen in den letzten Jahren umgebracht, weil sie eingesperrt wurden und keine sozialen Kontakte mehr hatten. Frau Kollegin, diese Realität müssen Sie akzeptieren!

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf als nächsten Redner den Kollegen Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion aufrufen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch im Namen der SPD-Fraktion danke ich ganz herzlich allen Jugendlichen in Bayern, vor allem auch den ehrenamtlichen Jugendverbänden und dem Bayerischen Jugendring, die in den letzten Jahren einen hervorragenden Job geleistet haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Regierungskoalition begrüßt in ihrem Antrag die Unterstützungsmaßnahmen für Jugendliche während der Pandemie. Die einzigen Unterstützungsmaßnahmen waren, soweit ich mich erinnern kann, dass Sie Jugendliche in den Schulen maximal verwirrt, verunsichert haben und sie außerhalb der Schule gar nicht wahrgenommen haben.

In der Dreizehnten Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 5. Juni 2021 haben Sie die Bordellbetriebe und Hundeschulen erwähnt. Sie haben aber keine Perspektiven oder Öffnungsperspektiven für die Jugendarbeit erwähnt, obwohl Jugendverbände

dringend darauf gewartet haben, ob sie Jugendfreizeiten, Ferienfreizeiten etc. durchführen können.

Infolge der Anhörung am 6. Mai "Stärkung der Jugendbeteiligung in Bayern" haben wir, allen voran Doris Rauscher und die SPD-Fraktion, Anträge gestellt, in denen wir die Anregungen der Jugendverbände aufgenommen haben. Als Beispiel nenne ich die Absenkung des Wahlalters, die Verankerung der Jugendbeteiligung in der Gemeindeordnung, ein Gesamtkonzept der Jugendbeteiligung in Bayern und eine öffentlichkeitswirksame Kampagne, damit junge Menschen auch informiert werden, welche Beteiligungsmöglichkeiten sie insgesamt in Bayern haben.

Alle Anträge und auch die Anträge der übrigen Oppositionsfraktionen haben Sie schlicht und ergreifend abgelehnt. Jetzt stellen Sie sich hin und erzählen, was für eine tolle Jugendpolitik Sie gemacht hätten. Sie haben junge Menschen insbesondere in den letzten Jahren im Stich gelassen und irgendwo gelesen, dass die EU-Kommission das Jahr 2022 zum "Jahr der Jugend" erklärt hat. Sie haben sich gedacht: Das machen wir in Bayern auch.

Wir werden trotz alledem dem Antrag zustimmen. Wir werden auch dem Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 18/18578 zustimmen. Ich würde aber die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN darum bitten, dass Sie zu dem zweiten Spiegelstrich des Punktes B), wo von Freizeit, Sport und Jugendarbeit die Rede ist, zum Begriff "uneingeschränkt", also unabhängig von den Fallzahlen, etwas ausführen. Dieses "uneingeschränkt" beinhaltet auch beispielsweise eine Maske. Wenn Sie das erklären könnten, wären wir Ihnen sehr dankbar; denn manche Einschränkungen dienen ja gerade dazu, dass wir diese Angebote für Jugendliche anbieten können. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Den Antrag der AfD werden wir ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Taşdelen. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Eva Lettenbauer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Vor allem liebe Kolleg*innen der CSU und der FREIEN WÄHLER, Wertschätzung ist mehr, als das Wort ständig zu wiederholen. Das, was Sie hier wieder abliefern, ist mit dem Credo Ihres Ministerpräsidenten "Show statt Handeln" deckungsgleich.

In den vergangenen eineinhalb Jahren haben die bayerischen Kinder und Jugendlichen Ihre Corona-Politik ausgebadet. Sie wurden am längsten und am härtesten beschränkt. Sie haben am meisten unter den Lockdown-Maßnahmen gelitten. Jetzt zaubern Sie ein "Jahr der Jugend" aus dem Hut.

Ich finde das – entschuldigen Sie – wirklich peinlich. Sie wollen Aufmerksamkeit erzeugen. Sie wollen "Bewusstsein", "Austausch", einen Empfang. All das ist wichtig, aber reicht ganz und gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Jugend hat eine Veränderung zum Besseren verdient. Die Rufe der Jugendverbände, der Sozialverbände und der Entwicklungsforscher*innen nach Unterstützung haben Sie also jetzt, nach eineinhalb Jahren, erreicht. Das ist schon mal gut. Erschreckend, dass sich in Ihrem Antrag aber darauf keine Verbesserung für eine wirkliche Teilhabe der jungen Menschen findet. Für einen gescheiterten Wurf hat es nicht gereicht.

Wir GRÜNE haben eindeutige Vorschläge, die nicht nur unsere Fraktion unterstützt. Wir fordern Jugend-Checks für Gesetzesvorhaben, wie es beispielsweise auch der Bayerische Jugendring einfordert. Wir fordern eine Absenkung des Wahlalters, wie man es zumindest für die Kommunalwahlen von manchen FREIEN WÄHLERN ja auch hört, oder endlich auch eine Pflicht zu einer echten Beteiligung in jeder Kommune.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss hier nicht das Rad neu erfinden. Die jungen Menschen haben in der Anhörung hier im Bayerischen Landtag im Mai ganz genau gesagt, was sie brauchen. Aber was kommt vonseiten der Regierungsfractionen? – Nichts!

Lassen wir endlich die Jugend mitreden, lassen wir die Jugend endlich wirklich mitentscheiden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kinder und Jugendlichen im Freistaat waren wirklich diejenigen, die die Verantwortung für die besonders gefährdeten Personen getragen haben und solidarisch waren. Als dann aber Öffnungen möglich waren, haben Sie als Regierungsfractionen nicht etwa entschieden, dass Erwachsene mehr schultern müssen, sondern Sie haben der Jugend diese Verantwortung aufgebürdet.

Unser grünes Motto war immer: Kinder zuerst!

Die Appelle, an die Jugend zu denken, gingen bei der Staatsregierung aber leider bei dem einen Ohr rein und bei dem anderen Ohr wieder raus. Jetzt müssen wir uns darum kümmern, dass Unterstützungs- und Beratungsangebote endlich ausgebaut werden, dass die Jugend- und die Schulsozialarbeit gestärkt werden und dass das soziale Miteinander insbesondere für arme Kinder und Jugendliche, dass Freizeit, dass Ausflüge möglich werden.

Es ist wirklich zum Kopfschütteln, dass Sie stattdessen einen Empfang für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit durch die Landtagspräsidentin oder den Ministerpräsidenten wollen. Na dann Prost! Ich hoffe, dass Sie dafür gewappnet sind, die eine oder andere Ohrfeige von den Ehrenamtlichen zu erhalten – natürlich nur eine politische Ohrfeige. Denn die werden sich sicher nicht von Ihrer Show beeindrucken lassen, sondern werden ganz konkret einfordern, was sie brauchen und in den letzten anderthalb Jahren auch gebraucht hätten.

Wir wollen endlich handeln statt einfach nur Show. Daher stimmen wir nur dem Antrag der SPD zu. Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Lettenbauer, bleiben Sie bitte am Mikrofon. – Wir haben eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ulrich Singer. Bitte, Herr Singer.

Ulrich Singer (AfD): Frau Kollegin Lettenbauer, die GRÜNEN sind ja eigentlich sehr stark hinter den Corona-Maßnahmen gestanden und waren volle Kanne mit dabei, als es darum ging, die harten Maßnahmen einzuführen und auch durchzusetzen. Jetzt lese ich in Ihrem Antrag – und den Satz finde ich gut:

Kinder und Jugendliche sind selbst zwar mit geringster Wahrscheinlichkeit von schweren Komplikationen in Folge einer COVID-19 Erkrankung betroffen [...].

Ist das nicht ein Umdenken, das sich jetzt bei Ihnen einstellt, dass Sie inzwischen erkennen, dass eben, was wir schon lange sagen, Kinder und Jugendliche kaum betroffen sind, meistens symptomlos erkranken und wirklich ganz selten einen schweren Krankheitsverlauf haben? Würde das nicht, wenn man mal weiterdenkt, im Umkehrschluss auch bedeuten, dass sich die gesamten Maßnahmen, die hier verhängt wurden, im Nachhinein als ganz klar unverhältnismäßig herausstellen?

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Wir GRÜNE sagen seit Beginn der Pandemie, dass Kinder und Jugendliche zuerst kommen müssen, wenn es so weit ist. Zu Beginn war es wichtig, dass alle solidarisch sind, dass alle gemeinsam aufeinander aufpassen. Als es möglich war, wieder zu öffnen und den Kindern und Jugendlichen mehr Freiheiten zu ermöglichen, wurden Biergärten vor den Jugendzentren geöffnet. Darauf wollen wir in unserem Antrag raus. Ja, jetzt ist es wichtig, Kindern und Jugendlichen wirklich ganz klar Unterstützung zukommen zu lassen.

Ich verwahre mich gegen die Aussage, dass wir hier nah beieinander wären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Lettenbauer. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Julika Sandt, FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast zwei Jahre haben Sie komplett über die Köpfe von Kindern und Jugendlichen hinweg regiert. Fast zwei Jahre haben Jugendliche auf alles verzichtet, was Jugend ausmacht: Sei es die Klassenfahrt, sei es Sport, seien es Hobbys, seien es Körperkontakte, seien es sonstige soziale Kontakte – nichts. 70 % der Jugendlichen fühlen sich belastet.

Und jetzt wollen Sie als Wiedergutmachung ein "Jahr der Jugend" proklamieren. Ich wäre gerne dabei, an so etwas mitzuarbeiten, wenn denn irgendetwas Substanzielles in diesem Antrag stünde. Aber Sie legen uns hier wirklich ein völlig sinnentleertes Konzept vor. Da können wir nicht mitmachen. Gerne von Anfang an, gerne mit konstruktiven Ideen und Vorschlägen. Wir haben eine Menge vorgelegt.

Sie wollen nicht mal mehr Jugendbeteiligung, sondern nur Aufmerksamkeit für Jugendbeteiligung. Aufmerksamkeit hätten wir uns zwei Jahre von Ihnen gewünscht, und nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Tatkraft.

Sie wollen das Bewusstsein für die Lage der Jugend insbesondere in der Corona-Pandemie bei Entscheidungsträgern schaffen. Wer sind denn die Entscheidungsträger, liebe Regierungsfractionen? – Sprechen Sie da mit sich selber?

Sie wollen für Bedarfe sensibilisieren. Sensibilität erwarten wir auch von Ihnen. Wo war denn Ihre Aufmerksamkeit, wo war Ihr Bewusstsein, wo war Ihre Sensibilität, als Kinder nicht miteinander spielen durften, als Spielplätze geschlossen waren? Wo war Ihr Bewusstsein, als man in den Biergarten gehen durfte, aber die Kinder nicht in die Kita durften? Wo war Ihr Bewusstsein, als man in den Horten im Sommer draußen bei sinkenden Inzidenzen den ganzen Nachmittag mit Maske spielen musste? Wo war

Ihre Aufmerksamkeit, als Kinderärzte vor der Triage gewarnt haben? Triage bedeutet, dass es nur bei akuter Suizidgefahr überhaupt noch einen Therapieplatz gibt.

Wo ist Ihre Sensibilität übrigens aktuell, wenn Erzieherinnen in der Kita die ganze Zeit Maske tragen müssen, wenn sie kleinen Kindern das Sprechen beibringen? Wo ist Ihr Bewusstsein für die Bedürfnisse der Jugendarbeit, in der immer noch Maskenpflicht gilt? Übrigens sprechen wir auch mit vielen Jugendlichen. Ich habe niemanden gesprochen, weder einen Funktionär noch irgendeinen Jugendlichen, der sich in den letzten zwei Jahren einbezogen und beteiligt gefühlt hat. Nichts!

Und dann krönen Sie Ihren Antrag noch mit dem Totschlagargument, das sowieso alles beerdigt: "im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel". Das "Jahr der Jugend" ist Ihnen also noch nicht mal etwas wert. Nicht einmal das!

Sie wagen es also, uns hier so etwas Substanzloses vorzusetzen, nachdem Sie alle unsere Vorschläge für Jugendbeteiligung abgelehnt haben:

Absenkung des Wahlalters auf 16: abgelehnt. – Auf Bundesebene machen wir das jetzt.

Jugend-Checks für Regierungsvorhaben, die es auf Bundesebene auch gibt: abgelehnt.

Landesjugendparlament, wie es das in Schleswig-Holstein und NRW gibt: abgelehnt.

Kinder- und Jugendrechte in die Bayerische Verfassung: abgelehnt.

Sie ziehen die Jugendlichen in Bayern seit zwei Jahren durch den Kakao. Heute kippen Sie billigen Süßstoff rein. Expecten Sie nicht, dass wir das auch noch trinken. Wir lehnen Ihren Antrag ab. Der ist so nichtssagend. Aber ich bin echt erstaunt: Ich dachte, für das Wort nichtssagend gäbe es keine Steigerung mehr. Doch die FREIEN WÄHLER haben es geschafft, einen Antrag einzubringen, der noch nichtssagender als nichtssagend ist. Da gehört schon was dazu.

In diesem Sinne stimmen wir den Anträgen von SPD und GRÜNEN zu und lehnen die Anträge der Regierungskoalition und der AfD ab.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Kollege Matthias Enghuber von der CSU-Fraktion.

Matthias Enghuber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die allermeisten Jugendlichen haben anders als die AfD-Fraktion die Wichtigkeit der ergriffenen Maßnahmen im Kampf gegen Corona erkannt, haben sich an notwendige Einschränkungen gehalten und in ganz vielen Fällen auch anderen Menschen, gerade in der älteren Generation, geholfen, sie unterstützt, und dafür gebührt ihnen größter Dank und Anerkennung.

(Beifall)

Wie so vieles sind während der Corona-Pandemie auch die Beteiligungsformen für Jugendliche hinterfragt worden. Wir haben in Bayern bereits ein ganz breites Angebot zur Mitwirkung für die junge Generation. Aber wir wollen natürlich, wie immer, noch besser werden. Deshalb schlagen wir als CSU und FREIE WÄHLER vor – danke hier an Tobias Gotthardt für die gute Zusammenarbeit –, das Jahr 2022 zum "Jahr der Jugend" auszurufen. Die Belange der Jugend sollen damit im kommenden Jahr im Rampenlicht stehen.

Freilich bauen wir auf ein breites Fundament auf, eine top organisierte verbandliche, meist ehrenamtliche Jugendarbeit, die in den Bemühungen des Bayerischen Jugendrings zusammengeführt wird. Bestehende Beteiligungsformen in Kommunen und die diesjährigen Initiativen der Staatsregierung haben bereits gezeigt, dass wir die Interessen der Jugend ernst nehmen.

Ich danke dem Ministerpräsidenten, dass er zu einem Jugendgipfel geladen und dort den direkten Austausch mit den Jugendlichen über die Corona-Maßnahmen gesucht hat.

Unsere Jugendministerin Carolina Trautner hat im Rahmen ihres diesjährigen Vorsitzes der Jugend- und Familienministerkonferenz der Jugendpolitik ein besonderes Forum geboten und ebenfalls, vor allem auch mit breitem digitalem Adressatenkreis, den Austausch mit den Jugendlichen gesucht.

Als Regierungskoalition haben wir in den vergangenen Wochen, vor allem nach unserer Jugend-Anhörung im Sozialausschuss, ein ganz dickes Antragspaket für die Jugend auf den Weg gebracht. Wir wollen die Jugendbeteiligung auf Landesebene voranbringen. Wir wollen eine Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung ins Leben rufen. Wir wollen die Mitwirkung in den Kommunen breiter verankern. Wir wollen die ehrenamtliche Jugendarbeit mit noch mehr Wertschätzung verbinden.

Die Jugendarbeit hat also ein gutes Fundament. Die Staatsregierung ist im Austausch mit der Jugend. Und wir haben im Landtag die Jugendbelange prominent auf unserer Agenda. Warum also ein "Jahr der Jugend"? Weil wir die Fäden nun noch besser zusammenknüpfen wollen und die Politik für die Jugend alle Arbeits- und Themenbereiche unserer täglichen politischen Arbeit hier im Landtag betrifft. Lassen Sie uns unsere gemeinsamen Bemühungen hier im Hohen Haus mit und für die Jugend im Freistaat Bayern bündeln! Lassen Sie uns gemeinsam eine Einladung an die Jugend aussprechen: 2022 wird euer Jahr. Macht mit! – Das sollte unsere gemeinsame kraftvolle Botschaft sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur AfD möchte ich sagen: In Ihrem nachgezogenen Antrag stellen Sie die Behauptung auf – Sie beweinen es regelrecht –, dass mit der Jugend kein Kontakt bestünde. Dass bei Ihnen dieser Eindruck entsteht, mag daran liegen, dass die Jugend zu Ihnen

keinen Kontakt haben will. Der Bayerische Jugendring und alle anderen Verbände wollen nicht mit Ihnen sprechen, und das aus sehr, sehr guten Gründen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Bei der SPD bedanke ich mich für die Beteiligung und das Mitstimmen für unseren Antrag.

Zu den GRÜNEN möchte ich sagen: Nur auf das Wahlalter zu rekurrieren, ist halt ein bisschen einsilbig; da muss noch etwas mehr kommen. Auch sind verpflichtende Modelle in der Jugendarbeit keine so gute Idee. Man sollte schon der Kreativität auf allen Ebenen freien Lauf lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Singer. Bitte, Herr Singer.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzter Herr Kollege Enghuber, Sie haben am Ende noch den Jugendring angesprochen. Darauf möchte ich kurz eingehen. Dabei handelt es sich um eine Einrichtung, die massiv staatlich finanziert wurde und wird. Man muss sich fragen, ob die nötige staatliche Distanz vorhanden ist. Es ist tatsächlich so, dass wir dort ausgegrenzt werden. Das wirft Fragen auf, über die wir hier sicherlich weiterhin diskutieren müssen.

Ansonsten haben wir guten Kontakt zu unserer Jugend in Bayern. Wir haben auch eine Umfrage der Universitäten Hildesheim und Frankfurt am Main zur Kenntnis genommen. Demnach fühlen sich 61 % der befragten Jugendlichen einsam. 64 % gaben an, psychisch belastet zu sein. 69 % leiden unter Zukunftsängsten. Und – das finde ich interessant –: Von der Politik fühlen Sie sich im Stich gelassen. 65 % der Befragten sind der Auffassung, dass ihre Sorgen während des zweiten Lockdowns kaum oder gar nicht gehört worden seien. Wir reden also von gut 60 %.

Nun möchte ich fragen: Soll das die Mehrheit sein, die Ihrer Meinung nach hinter Ihren Maßnahmen steht?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Abgeordneter.

Matthias Enghuber (CSU): Herr Kollege Singer, dass Sie nicht begeistert sind davon, dass der Bayerische Jugendring und seine angeschlossenen Verbände mit der AfD keinen Kontakt suchen, kann ich ganz gut verstehen. Aber ich verstehe auch den Bayerischen Jugendring, warum er so handelt.

Wenn man in den vergangenen zwei Jahren die Äußerungen aus Ihrer Fraktion verfolgt hat, weiß man, mit welcher kruden Verschwörungstheorien, Unterstellungen und Unwahrheiten Sie unterwegs sind. Ich empfinde große Dankbarkeit unseren Jugendlichen gegenüber, dass sie – Gott sei Dank! – sehr gut zwischen uns und Ihnen unterscheiden können und genau wissen, dass es keine Gesprächsgrundlage mit Ihnen gibt. Damit haben die Jugendlichen recht.

Der Bayerische Jugendring ist ein souveräner, eigenständiger Verband mit eigener Meinung. Das ist auch gut so. Dessen Meinung ist in diesem Fall eine, die ich absolut, zu hundert Prozent teile.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Staatsministerin Carolina Trautner auf.

Staatsministerin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich mich dem Dank anschließen, der schon vielfach kundgetan wurde. Auch ich bin der Meinung, dass unsere Kinder und Jugendlichen die Maßnahmen der Pandemie toll mitgetragen haben. Sie sind teilweise – auch das wurde schon erwähnt – ehrenamtlich eingesprungen, wenn Ältere aufgrund der Vulnerabilität ihrer Altersgruppe ausgefallen sind. Deshalb

auch von meiner Seite aus noch einmal an alle Kinder und Jugendlichen ein herzliches Vergelts Gott für dieses Mittun in der Pandemie!

(Beifall)

In diesen Dank schließe ich natürlich alle Menschen ein, die in der Kinder- und Jugendarbeit engagiert sind und viele kreative Lösungen gefunden haben, um den Kontakt aufrechtzuerhalten. Dabei ist Unglaubliches geleistet worden. Dafür gibt es auch von mir ein ganz, ganz großes Dankeschön, das heute völlig zu Recht mehrmals ausgesprochen worden ist.

Es ist ja nicht so, dass wir nichts täten. Wir haben in diesem Haushalt für die Jugendarbeit einen Betrag zur Verfügung, der sich sehen lassen kann. Es sind 36,3 Millionen Euro – der höchste Betrag, der jemals eingestellt wurde. Wenn wir die Unterstützungsmaßnahmen, die wir zusätzlich eingestellt haben, dazuzählen, haben wir 41,4 Millionen Euro für die Jugendarbeit allein in diesem Jahr im Haushalt stehen.

Es ist, wie ich finde, ein wichtiges und positives Signal, das wir mit dem "Bayerischen Jahr der Jugend 2022" im kommenden Jahr an unsere Jugend geben können. Wir zeigen den Jugendlichen: Wir haben verstanden. Ihr habt viel mitgemacht und viel geleistet. Jetzt geben wir euch etwas zurück. – Was ist daran verkehrt? Ich finde, das ist eine wunderbare Idee.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das passt wunderbar zu dem "Europäischen Jahr der Jugend 2022"; das kommt noch dazu. Im Übrigen passt es wunderbar zu dem 75-jährigen Jubiläum des Bayerischen Jugendrings, das nächstes Jahr stattfindet. Damit erhält die Jugend noch einmal richtig Aufmerksamkeit und steht in der Öffentlichkeit. Natürlich wird das "Jahr der Jugend" mit vielen Maßnahmen unterfüttert sein.

Ich kann es wirklich nur wiederholen – Kollege Enghuber hat es schon gesagt –: Mir ist das Thema Partizipation ein wichtiges. Ich habe es hier an diesem Rednerpult

schon häufig gesagt: Als Vorsitzende der Jugend- und Familienministerkonferenz – JFMK – habe ich das Thema Partizipation in Bayern ganz besonders großgeschrieben.

Ja, es gab den Jugendgipfel des Ministerpräsidenten sowie eine eigene Kinder- und Jugendkonferenz. Die Kinder und Jugendlichen haben auf der Hauptkonferenz der JFMK gesprochen. Übrigens waren genau diese Kinder und Jugendlichen nach der Sommerpause wieder bei mir zu Gast, um zu hören, was wir inzwischen mit ihren Ideen angefangen bzw. wo wir welche Ideen aufgegriffen haben.

Ich konnte ihnen mitteilen, dass wir alle Ideen, die mein Ressort nicht betroffen haben, an die anderen Ressorts weitergegeben haben. Alle Ressortminister haben sich schon zurückgemeldet und sind bereit, in den Dialog einzutreten. Auch das ist ein Signal an die Jugend. Denn Sie wissen: Was passiert denn mit meinen Anregungen? Geht auch etwas voran? – Dieses Signal konnten wir ihnen geben. Auch das ist sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben den Aktionsplan Jugend. Auch dieser enthält wichtige Elemente; einige wurden schon angesprochen. Mir ist der Dialog auf Augenhöhe wichtig.

Wir haben im Oktober dieses Jahres den digitalen Hackathon veranstaltet – eine wunderbare Initiative. Ein ganzes Wochenende lang haben Jugendliche sich mit den Themen auseinandergesetzt, die sie interessieren, und Partizipationsmöglichkeiten eruiert. Das Ganze ist mit einer Million Euro Jugendbudget unterfüttert. Wir werden Anfang November die Jurysitzung haben. Aus diesem digitalen Hackathon werden wir genau die Ideen, die gut sind, umsetzen. Dieser Ansatz hat also Bestand. Es bleibt nicht bei einem Wochenende, sondern wir können die guten Ideen, die von den Jugendlichen entwickelt wurden, in die Realität umsetzen. Auch das ist ein wichtiges Zeichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten im September den 3. Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit in Nürnberg; ich durfte ihn miteröffnen. Auch dort wurden neue Impulse gesetzt; auch dort wurden Entwicklungen diskutiert. Man hat sich gemeinschaftlich mit dem Thema Jugend auseinandergesetzt. Das ist wichtig.

Wir machen zusammen mit dem Bayerischen Jugendring eine Wertschätzungs- und eine Reaktivierungskampagne für die Jugendarbeit, um Impulse zu setzen und alle Dinge, die während Corona etwas zu kurz gekommen sind, wieder zu reaktivieren, auf Vordermann zu bringen und um alle Leute mitzunehmen.

Nächstes Jahr wird der Bayerische Tag der Jugend in Brüssel stattfinden. Auch dort können Jugendliche mit den politischen Vertretern in Brüssel ins Gespräch kommen, diskutieren und ihre Anliegen präsentieren.

Ganz neu haben wir seit einigen Tagen den Hashtag "#JugendMITWirkung" – Sie können das entweder "Jugendmitwirkung" oder "Jugend mit Wirkung" aussprechen; beides passt. Unter diesem Hashtag können sich Jugendliche jetzt völlig unproblematisch beteiligen, ihre Ideen präsentieren, ihre Anliegen vortragen, sagen, welche Partizipationsmöglichkeiten sie haben wollen, und all das einfordern. Das wurde ganz neu auf den Weg gebracht. Ich glaube, das ist eine Daueraufgabe, die wir über alle Ressortgrenzen hinweg dauerhaft beackern und bearbeiten müssen. Deshalb müssen wir uns mit Blick auf alle Lebensbereiche mit den Interessen der Jugendlichen beschäftigen, nicht nur in der Schule; denn sie sind nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern in allen Lebensbereichen anzutreffen, zum Beispiel in der Freizeit und im Sport.

Ich glaube, wir sind gut unterwegs. Die Jugendlichen, mit denen ich dauerhaft im Gespräch bin, schätzen diese Bemühungen auch. Deswegen glaube ich, dass die Idee eines "Bayerischen Jahres der Jugend" eine gute Idee ist, und bitte hier um Unterstützung. Die anderen Dringlichkeitsanträge müssen wir ablehnen, weil in ihnen Dinge enthalten sind, die ich nicht so schnell entscheiden kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Ich lasse noch prüfen, ob beim nächsten Punkt noch Redezeit für die einzelnen Fraktionen hinzukommt; dies wird in der Zwischenzeit berechnet. – Weitere Wortmeldungen zu den vorliegenden Anträgen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/18562 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, SPD und Herr Plenk (fraktionslos) – ich glaube, es ist nur noch ein fraktionsloser Abgeordneter anwesend; Herr Plenk, ich glaube, Sie sind jetzt alleine da – auch Zustimmung. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP. Wer enthält sich? – Herr Swoboda, Sie waren völlig verdeckt, jetzt habe ich Sie gesehen. Ich frage nach: Sie waren dagegen? – Ja, gut, dagegen. Noch einmal die Nachfrage nach Enthaltungen. – Eine Enthaltung hier vorne bei der AfD? – Nein? – Sie lehnen ab? – Ja. – Wunderbar, dann ist das auch notiert. Damit ist der Dringlichkeitsantrag insgesamt angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/18576 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen Fraktionen und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/18577 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18578 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.